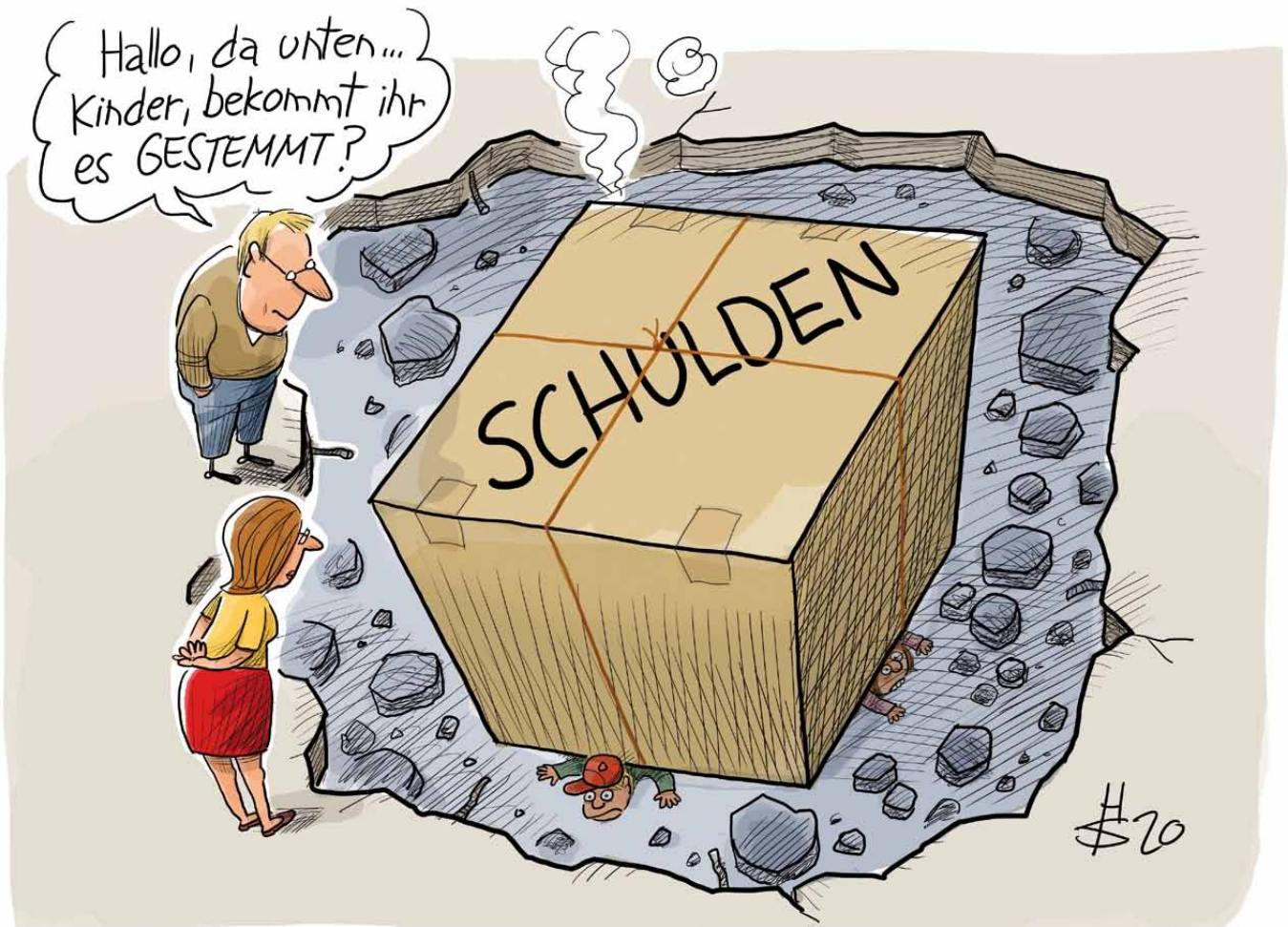


Marktwirtschaft.

Zeichnung: Heiko Sakurai



02 Hilfe für die einen, Hypothek für die anderen
Editorial von Michael Eilfort

03 Solidarität, Transparenz,
Verantwortung ... und Freiheit!
Handlungsbedarf und
Folgerungen aus der Corona-Pandemie

04 EU-Stabilität nach Corona
Subsidiarität und Solidarität

05 Kronberger Kreis:
„Was jetzt zu tun ist“

05 Ehrbarer Staat?
Wege und Irrwege der Rentenpolitik
im Lichte der Generationenbilanz

06 Europa im Systemwettbewerb mit China
Trugschlüsse, Schutzinstrumente
und offensive Antworten

07 Die Zukunft des Euro –
Bewährt sich die Gemeinschaftswährung?
Berliner Finanzplatzgespräch mit Philip R. Lane

08 Eine neue Reformagenda
für Deutschland und Europa
8. Kadener Gespräch

Hilfe für die einen, Hypothek für die anderen

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Foto: Kay Hirschelmann.

Die staatlichen Rettungsprogramme in den Monaten März bis Mai waren angesichts der Herausforderung durch die Corona-Folgen überwiegend nachvollziehbar. Das im Juni aufgelegte Konjunkturprogramm enthält nicht nur Pflaster und Reaktives, sondern erfreulich viele Zusagen für Investitionen in die Zukunft. Teile der Bundesregierung und der sie tragenden Parlamentsfraktionen scheinen erkannt zu haben, dass Deutschland schon vor dem Virus an Wettbewerbsfähigkeit verloren und, z.B. bei der Digitalisierung, viel Nachholbedarf hat.

Andere Teile wollen indes in ihrer Fixierung auf die Bequemlichkeit des Augenblicks nicht verstehen, dass die Bewältigung der Corona-Folgen eine Aufgabe für Jahrzehnte ist und nicht im Modus „weiter so“ mit noch mehr kurzfristigen Wohltaten und Regulierung gelingen kann. Leider wird die plumpe und – wie Landtagswahlen von Bayern bis Sachsen zeigten – die Wähler unterschätzende Anbiederung bei der Mehrheit der über 55-Jährigen fortgesetzt. Sie vertieft die größte Spaltung in unserer Gesellschaft, die zwischen Jung und Alt:

- Bereits seit 30 Jahren ist der größte Teil der Wohlstandsgewinne bei den über 55-Jährigen gelandet, während Jüngere beim inflationsbereinigten Netto kaum besser dastehen als 1990.
- Die Rentenpakete 2014 (u.a. Mütterrente und Rente mit 63) und 2018 (doppelte Haltelinie) begünstigen heutige Rentner und Baby-Boomer massiv zu Lasten der heute unter 45-Jährigen, die zudem die Lasten starker Bevölkerungsalterung bis 2030 zu tragen haben.
- Der Lockdown wegen Corona diente vor allem dem Schutz der Älteren, dessen Kosten und ökonomische Risiken tragen die Jüngeren. Fröhlich wurde zum 1. Juli mit Verweis auf die Anpassung an die Lohnentwicklung im Vorjahr die Rente um 4 Prozent angehoben.

Schon mit dem Rentenpaket 2018 trickreich ausgehebelt wurde dagegen der gleiche Mechanismus, wenn aufgrund eines schlechten Jahres (2020!) Renten einmal sinken bzw. Erhöhungen ausfallen müssten: Eine GroKo-„Rentner-Gewinn-Garantie“.

So kämpfen die einen mit der Gefährdung des Arbeitsplatzes, Home-Schooling, düsteren Renten-Aussichten und der Tilgung der Corona-Hypothek durch weiter hohe oder noch höhere Steuern. Und für einige andere kommt zu allem Überfluss auch noch die Grundrente, die ab 2021 ihre volle Kostendynamik, wohl auch durch erste Erweiterungen und Erhöhungen erfahren wird – reklamiert von denjenigen, die jetzt den Systembruch durchgesetzt und damit erst die Gerechtigkeitslücken geschaffen haben, die sie in den nächsten Jahren beklagen werden. Erst werden die zur Qualifikation notwendigen „Einzahlungsjahre“ mit Verweis auf Ungerechtigkeiten abgesenkt werden: Von 33 auf 30 auf 25 auf 20... Dann werden auch ehrenamtliche, gewerkschaftliche und andere politisch wohlgelittene Aktivitäten mitgezählt. Schließlich werden die Renten erhöht und die Obergrenze verschoben – z.B. zur Beseitigung der aktuell entstehenden Verzerrung, dass an gleicher Arbeitsstelle für 33 Jahre Teilzeitarbeit plus Grundrente das Gleiche herauskommt wie für 35 Jahre Vollzeit gerade über der Grundrentengrenze und damit ohne Extra. Am Ende wird das Äquivalenzprinzip abgeschafft und die Rentenversicherung zu einer weiteren Umverteilungsmaschinerie degradiert. Wer dann noch arbeitet und vorsorgt, ist selbst schuld.

Vor Jahren stellte der damalige Präsident des Deutschen Städtetages fest: „Es heißt zwar, der Klügere gebe nach. Aber wenn immer der Klügere nachgibt, kommt am Ende nichts Gescheites heraus.“ Besser kann man die GroKo-Einigung zur Grundrente nicht beschreiben: Die Kosten der Grundrente scheinen – noch! – gering angesichts der derzeit diskutierten Rettungssummen. Corona aber geht vorbei – die Grundrente als nicht über uns gekommene, sondern selbst verschuldete Dummheit bleibt. Eine gleichermaßen fiskalische, systematische, ordnungspolitische, fehlanreizende und generationenspaltende Torheit.

IMPRESSUM

Dr. Ann Zimmermann (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725

Solidarität, Transparenz, Verantwortung ... und Freiheit!

Handlungsbedarf und Folgerungen aus der Corona-Pandemie

Während der Corona-Pandemie, die weltweit viele Leben kostet und ökonomisch massive Erschütterungen auslöst, müssen gesundheitliches, seelisches und materielles Wohlbefinden der Menschen täglich neu abgewogen werden. In Deutschland mündete dies insgesamt in verantwortungsvolles Handeln, welches gleichwohl kritisch zu begleiten und hinterfragen ist – vor allem auch mit Blick auf den weiteren Umgang mit der Pandemie und ihren längerfristigen ökonomischen Folgen. Dabei geht es nicht zuletzt um Fragen zur Wertschätzung und Verlässlichkeit von Freiheit, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft. Man sollte allen Handelnden die enorme Unsicherheit, unter der die ersten Entscheidungen getroffen werden mussten, zugutehalten. Einiges könnte man jetzt aber besser machen und damit beginnen, absehbar Notwendiges zu gestalten.

Auch wenn die wirtschaftlichen Notfallprogramme der ersten Stunde größtenteils richtig sind, gilt es, fiskalische Schäden zu minimieren, um Spielräume für eine wirksame Konjunkturbelebung zu bewahren. Dabei darf konjunkturelle Stimulation nicht zu langfristigen Programmen gerinnen. Sie muss grundsätzlich möglichst allen offenstehen und darf allenfalls dann bleibenden Charakter haben, wenn sich Maßnahmen auch strukturell in ein stimmiges Bild fügen. Ohnehin sind das langsame Herunterfahren der Notfallmaßnahmen und die Aktivitäten zur Belebung der Konjunktur vom langfristig wichtigsten Schritt zu begleiten: einem Strukturprogramm. Auch ohne die aktuelle Krise und ihre Folgen stünde es um den Standort Deutschland nicht zum Besten und die konjunkturellen Vorzeichen waren bereits vor der Pandemie eher negativ.

Wir brauchen ein Strukturprogramm, das zum einen dazu beiträgt, Deutschland nach den schweren Rückschlägen der Corona-Krise ökonomisch wieder zurückzubringen, und zum anderen die Grundlagen für eine neue lange Phase nachhaltigen Wachstums und gesicherten Wohlstands schafft. Dazu sind notwendig:

- mehr Vorfahrt für Bildung, echte Chancengerechtigkeit und Aufstieg,
- Verbesserung der Innovationsfähigkeit,
- entschlossenes Angehen der Digitalisierung,
- Ermutigung zur Eigenverantwortung, Stärkung von Leistungsanreizen und -gerechtigkeit,
- eine Reform der Unternehmensbesteuerung,
- Vereinheitlichung der Mehrwertsteuersätze,
- Korrekturen bei der Energiewende,
- entschlossener Rückbau ordnungspolitischer Sünden aus den nationalen Notfallprogrammen,



Solidarität, Transparenz, Verantwortung ... und Freiheit! Handlungsbedarf und Folgerungen aus der Corona-Pandemie

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik 149

Michael Eilfort

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072

- schnelles Zurückfahren des europäischen Krisenmodus,
- eine entschiedene Ablehnung dirigistischer und protektionistischer Wirtschaftspolitik.

Darüber hinaus können aus der Corona-Krise eine Reihe von Folgerungen für die Zukunft gezogen werden, die manches in neuem Licht erscheinen lassen und anderes stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken. So macht die Krise u.a. deutlich, dass Sicherheit nur durch Absicherung eine Illusion ist, bei der der Staat Erwartungen weckt, die er nicht erfüllen kann. Die Corona-Pandemie hat zudem gezeigt, dass unser Rechtsstaat funktioniert, sich der Föderalismus in der Krise bewährt und Politik handlungsfähig ist – es dürfte in Zukunft somit schwerer fallen, Tatenlosigkeit mit vermeintlichen (Koalitions-)Zwängen zu rechtfertigen. Im Hinblick auf den Sozialstaat hat die Corona-Krise einmal mehr belegt, wie wichtig geordnete Bürokratie, Prüfungen und Kontrollen sind, damit zielorientiert denen geholfen wird, die es wirklich brauchen. Es zeigt sich aber auch, dass ein ungebremstes Wachstum der Sozialausgaben nicht mehr durchzuhalten ist. Notwendig sind wieder mehr Vorsorge statt Fürsorge, Aktivierung statt Ruhigstellung und subsidiäre Solidarität statt zentrale Absicherung. Zudem droht die Gefahr, dass die Pandemie die Spaltung zwischen Jung und Alt in unserer Gesellschaft verstärken wird, denn langfristig sind die großen Verlierer der Corona-Krise die unter 45-Jährigen. Ihnen wird der Großteil der Tilgung der Rettungsschulden – zusätzlich zu den demografie-bedingten Zusatzlasten, gegen die sie ohnehin ankämpfen müssen – aufgebürdet.



Die Studie (Argument Nr. 149)
finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

EU-Stabilität nach Corona

Subsidiarität und Solidarität

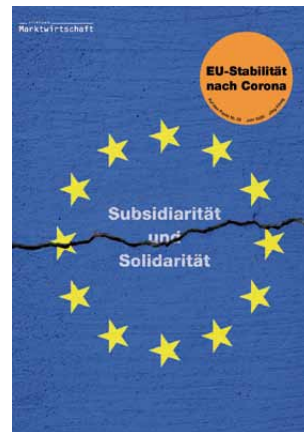
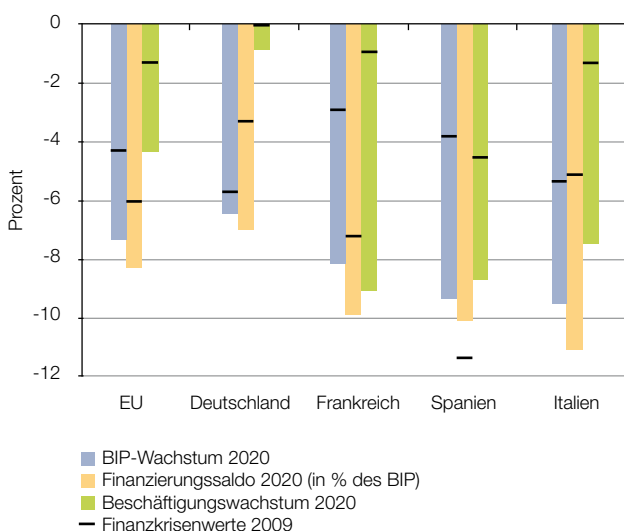
Europa ist durch die Corona-Pandemie in eine wirtschaftliche Krise gestürzt, deren Bewältigung zweifelsohne europäischen Zusammenhalt erfordert. Eine moralisch überhöhte Empörung über mangelnde Solidarität ist jedoch angesichts umfangreicher Finanzhilfen, die die EU und ihre Mitgliedstaaten zu großzügigen Konditionen vereinbart haben, fehl am Platz. Stattdessen ist eine Versachlichung der Debatte und eine nüchterne Einordnung bisheriger und geplanter Hilfen notwendig. Denn selbst die schwerste Krise darf nicht demokratische und ökonomische Grundprinzipien aushöhlen. Schließlich wird es auch eine Welt nach der Corona-Krise geben, in der wiedergewonnene Freiheiten und Eigenverantwortung sich gegenseitig bedingen.

In diesem Sinne beleuchtet die neueste Ausgabe unserer Reihe „Auf den Punkt“ vier Optionen, die aktuell als Ergänzung zu den nationalen Hilfsmaßnahmen durch die europäische Ebene und als Zeichen grenzüberschreitender Solidarität diskutiert werden: (1) die Beanspruchung der Solidarität des ESM, (2) als Corona-Bonds getarnte Eurobonds, (3) ein europäisches Wiederaufbauprogramm und (4) Solidarität plus Eigenverantwortung. Dabei zeigt sich, dass in erster Linie die Rückbesinnung auf drei Leitlinien notwendig ist, um den EU-Mitgliedstaaten zu helfen, langfristig gestärkt aus der Krise hervorzugehen und nicht in eine Eurokrise 2.0 abzudriften:

Corona-Krise massiver als Finanzkrise

Prognosewerte für das Jahr 2020.

Quelle: European Commission, European Economic Forecast, Spring 2020.



EU-Stabilität nach Corona Subsidiarität und Solidarität

Auf den Punkt 03

Jörg König

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 2627-4493

Einklang von Handlung und Haftung: Je weiter diese Kategorien auseinanderfallen, desto leichter lassen sich Kosten einer übermäßigen Verschuldung auf die Solidargemeinschaft abwälzen. Je höher die Verschuldung ausfällt, desto fragiler wird das Finanzsystem, was die Gemeinschaft in eine erpresserische Solidarhaftung bringt. Solange die EU als Staatenverbund und nicht als Bundesstaat konzipiert ist, erfordert das nationale Haushaltsrecht die Konditionierung und Begrenzung internationaler Hilfen.

EU-Mehrwert durch Subsidiarität: Politikentscheidungen sollten möglichst dezentral herbeigeführt werden, vor allem wenn politische Präferenzen international stark voneinander abweichen und lokale Ebenen eigenverantwortlich handeln können. Die EU sollte vor allem die Bereitstellung von europäischen öffentlichen Gütern in den Fokus nehmen (z.B. Verteidigung, Sicherheit, Migration, Klimaschutz, Außenpolitik), bei denen Effizienzvorteile gegenüber nationalen Einzellösungen generiert werden können.

Wettbewerb und Wachstum statt Abschottung und Stillstand: Beihilfen sollten strengen Auflagen unterliegen, befristet sein und zwingend auslaufen. Auch im globalen Wettstreit sollte – statt einer subventionsreichen Industriepolitik – ein auf Wettbewerbsfähigkeit zielender EU-Binnenmarkt (inkl. einheitlichem Kapitalmarkt) mit reziproken Investitionsabkommen gegenüber Drittstaaten wie China angestrebt werden.



Die Studie (Auf den Punkt 03)
finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Kronberger Kreis: „Was jetzt zu tun ist“

Gastbeitrag des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung in der Tageszeitung DIE WELT am 28.05.2020

Um die Corona-bedingte Wirtschaftskrise in Deutschland zu überwinden, dürfen Konjunkturmaßnahmen den Strukturwandel weder behindern noch für einseitige staatliche Lenkungsambitionen instrumentalisiert werden, fordert der Kronberger Kreis. Hilfreich wären u.a. eine Verbesserung der steuerlichen Verlustverrechnung, eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes sowie die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Wenig sinnvoll seien steuerliche Entlastungsmaßnahmen für einzelne Sektoren sowie ungerechtfertigte und zu lang andauernde staatliche Unternehmensbeteiligungen. Eine Überdehnung des Sozialstaats sollte vermieden werden, da dies die wirtschaftlichen Folgen der Krise langfristig verschärfen würde. Europäischen Abschottungstendenzen sei klar

entgegenzutreten, da Wohlstandssteigerungen durch die Globalisierung eine wichtige Voraussetzung für erstklassige medizinische Versorgung darstellten und damit für die Fähigkeit, Pandemien zu verhindern oder einzudämmen.

Foto: Kay Herschelmann.



Der Kronberger Kreis: Prof. Justus Haucap, Prof. Lars P. Feld, Prof. Clemens Fuest, Prof. Berthold U. Wigger, Prof. Heike Schweitzer und Prof. Volker Wieland (v.li.).

Ehrbarer Staat?

Wege und Irrwege der Rentenpolitik im Lichte der Generationenbilanz

Gemäß der Generationenbilanz 2019 beliefen sich die impliziten Staatsschulden, also die ungedeckten Leistungsversprechen des Staates für zukünftige Jahre, bereits vor der Corona-Pandemie auf rund 165 Prozent des BIP. Fast die Hälfte davon entfällt auf die gesetzliche Rentenversicherung. Vor diesem Hintergrund zeigt diese Studie, dass die Rentenpolitik der Großen Koalition einen bedenklichen Rückschritt in Sachen Nachhaltigkeit darstellt. Zum einen wird deutlich, dass die „Rente mit 63“ keine Maßnahme für einige wenige besonders stark belastete Versicherte darstellt, sondern vielmehr eine Subventionierung des vorzeitigen Renteneintritts vergleichsweise gut versorgter Versicherter. Über 25 Prozent der Neurentner beziehen eine

„Rente mit 63“, welche darüber hinaus im Durchschnitt um mehr als 40 Prozent höher liegt als die Renten der sonstigen Altersrentner. Zum anderen zeigt sich im Hinblick auf den Grundrenten-Kompromiss, dass dieser deutlich teurer ausfallen wird als veranschlagt und zudem mit fundamentalen Prinzipien der Sozialpolitik bricht: dem Lebensleistungs- bzw. Äquivalenzprinzip, dem Gleichbehandlungsprinzip sowie dem Subsidiaritätsprinzip.

Will man die implizite Verschuldung abbauen und dabei weder zukünftige Rentner noch Beitragszahler einseitig und über Gebühr belasten, kommt man angesichts der steigenden Lebenserwartung langfristig nicht um eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit herum. Intergenerativ gerecht und fiskalisch nachhaltig wäre ein konstantes Verhältnis zwischen der durchschnittlichen Rentenbezugszeit und der Dauer der Beitragszahlungen für gegenwärtige und zukünftige Generationen auf dem heutigen Niveau. Mit einem „Lebenserwartungsfaktor“ zur Anpassung des Renteneintrittsalters ließe sich dieses Ziel erreichen und die implizite Verschuldung der gesetzlichen Rentenversicherung könnte fast um die Hälfte gesenkt werden.



Ehrbarer Staat? Wege und Irrwege der Rentenpolitik im Lichte der Generationenbilanz

Argumente zu Marktwirtschaft und
Politik Nr. 148

Bernd Raffelhüschen, Stefan Seuffert

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072



Die Publikationen und weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:
www.ehrbarer-staat.de

Europa im Systemwettbewerb mit China

Trugschlüsse, Schutzinstrumente und offensive Antworten

Im Zuge der Debatte um einen Systemwettbewerb zwischen Europa und China werden wirtschaftspolitische Maßnahmen Chinas sowie dortiges Wachstum zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Dabei scheinen sich mitunter folgenreiche Trugschlüsse festzusetzen. Eine Renationalisierung von Wertschöpfung anzustreben, die Weltwirtschaft und technologische Fortschritte als Nullsummenspiele zu verstehen, den Schutz von Technologievorsprüngen zu verfolgen oder unter dem Eindruck chinesischer Industriepolitik eine Planung von Innovationen mittels politischer Top-Down-Prozesse zu imitieren, brächte für Europa am Ende deutlich mehr Schaden als Nutzen.

Der politische Wunsch, europäische Unternehmen vor dem Hintergrund des Systemwettbewerbs besser schützen zu wollen, ist durchaus verständlich. Die Ausgestaltung von konkreten Maßnahmen und Instrumenten, mit denen mögliche Wettbewerbsverzerrungen durch Unternehmen aus China, durch chinesische Investitionstätigkeit oder im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe verhindert werden sollen, stellt aber immer eine schmale Gratwanderung dar. Ebenso kann der Verweis auf mögliche unfaire Wettbewerbsverzerrungen ein bloßer, dem protektionistischen Interesse Einzelner dienender, Vorwand sein. Die Studie „Europa im Systemwettbewerb mit China“ aus unserer Reihe Argumente zu Marktwirtschaft und Politik zeigt auf, dass klare, transparente und europäisch einheitliche Mechanismen geschaffen werden sollten, die idealerweise als glaubhaftes Druckmittel bei der Durchsetzung von Reziprozität beim Marktzugang eingesetzt werden können.

Abseits von Defensivmaßnahmen kristallisiert sich auf politischer Ebene immer stärker die selektive Förderung „europäischer Champions“ als offensive Antwort auf chinesische



Europa im Systemwettbewerb mit China – Trugschlüsse, Schutzinstrumente und offensive Antworten

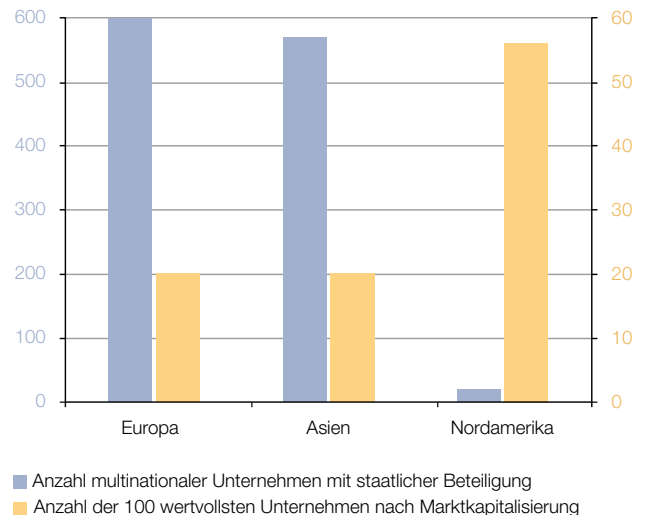
Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 150

Fulko Lenz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612 – 7072

Multinationale Unternehmen mit staatlicher Beteiligung

Quelle: UNCTAD, World Investment Report 2019; PwC, Global Top 100 companies by market capitalisation, July 2019.



Industriepolitik und Innovationsanstrengungen heraus. Der Verweis auf den vermeintlichen Erfolg ähnlicher Modelle in anderen Ländern verkennt jedoch die langfristigen Probleme, die sich in China oder Südkorea – aber auch den USA – infolge politischer Abhängigkeit und wirtschaftlicher Dominanz von wenigen Großunternehmen ergeben haben. Auch die Diagnose, es gebe in Europa nicht ausreichend Großunternehmen mit staatlicher Beteiligung, ist – wie die Abbildung oben zeigt – kaum haltbar.

Statt auf Erhalt, Konsolidierung oder selektive Förderung von Großunternehmen zu setzen, bedarf es vor allem der Aufrechterhaltung des Wettbewerbs und der Fähigkeit, ständig neue und innovative unternehmerische Herausforderer etablierter Konzerne hervorzubringen. Zudem sollte im Systemwettbewerb die Stärkung von Kompetenzen mehr in den politischen Fokus gerückt werden, eine sorgfältige Analyse der staatlichen Rolle im Innovationsprozess erfolgen und die Verbesserung von Handlungsbereitschaft und -fähigkeit in geopolitischen Kernbereichen angestrebt werden.



Die Studie (Argument Nr. 150) finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Die Zukunft des Euro – Bewährt sich die Gemeinschaftswährung?

7. Berliner Gespräche zum Finanzplatz am 5. Februar 2020

Bei den 7. Berliner Gesprächen zum Finanzplatz, einer gemeinsamen Veranstaltung der Hessischen Landesvertretung und der Stiftung Marktwirtschaft, sprach der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB) Philip R. Lane, PhD, am 5. Februar 2020 über „Die Zukunft des Euro – Bewährt sich die Gemeinschaftswährung?“. Lane betonte, dass es wichtig sei, die 20-jährige Geschichte des Euro richtig einzuordnen, bevor man über dessen Zukunft sprechen könne. Der Aufstieg Chinas, die Transformationen in Zentral- und Osteuropa, technologische Innovationen, die Globalisierung und starke Schwankungen bei Ölpreis und Dollar stellten für jedes Geldsystem eine Herausforderung dar, so dass die eigentliche Frage sei, ob der Euro die Folgen verstärkt oder zu deren Bewältigung beigetragen habe. Vor diesem Hintergrund unterschied der EZB-Chefvolkswirt drei Phasen seit der Einführung des Euros:

Die erste Phase zwischen 1999 und 2007 sei geprägt gewesen durch wachsende ökonomische Unterschiede zwischen den Euroländern, Exzessen auf Kredit- und Immobilienmärkten sowie außenwirtschaftliche Ungleichgewichte. Für die Zukunft des Euros sei es wichtig, aus den Fehlern, die in dieser Zeit gemacht wurden, zu lernen. Dies gelte vor allem hinsichtlich Bankenaufsicht und -regulierung, wo laut Lane aber bereits große Fortschritte erzielt worden seien.

Die zweite Phase des Euro (2007 - 2013) sei mit dem Überschwappen der globalen Finanzkrise nach Europa eingeleitet worden, an die sich ab 2010 unmittelbar die europäische Staatsschuldenkrise angeschlossen habe. Der Volkswirt und ehemalige Präsident der Irischen Notenbank betonte, dass die Volkswirtschaften der Eurozone noch dabei seien, sich von diesen Krisen zu erholen und einige das Vorkrisenniveau noch immer nicht erreicht hätten. Die



Der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Philip R. Lane, bei seinem Vortrag.



Foto: Jens Jeske.

Prof. Dr. Michael Eilfort, Staatsministerin Lucia Puttrich, MdL, Gastredner Philip R. Lane, Ph.D. und Moderatorin Donata Riedel (v.li.).

Essenz des umfangreichen Krisenmanagements und der zahlreichen Reformen in dieser Zeit sei gewesen, dass man sich nicht allein auf die Geldpolitik verlassen könne, sondern makroprudenzielle Maßnahmen und eine Verbesserung der finanz- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen notwendig seien.

Die dritte Phase des Euro hätte 2014 mit der unkonventionellen Geldpolitik, inklusive der umstrittenen Negativzinspolitik, der EZB begonnen. Diese habe nach Lanes Überzeugung erfolgreich zu einem nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung und einer im Durchschnitt aller Euroländer gesunkenen Arbeitslosigkeit beigetragen. Er zeigte sich optimistisch, dass die Zinsen im Vergleich zu heute langfristig wieder steigen würden. Dabei werde die Zinswelt des „New Normal“ auf ein positives, aber niedriges Zinsniveau von 2 bis 3 Prozent Nominalzins hinauslaufen. Derzeit gehe es vor allem darum, das Problem einer langanhaltend zu geringen Inflation zu lösen, die deutlich vom EZB-Inflationsziel abweiche.

Insgesamt sei noch viel zu tun, schloss Lane seine Ausführungen: Die Bankenunion (inkl. eines europäischen Einlagensicherungssystems) müsse vervollständigt und von einer Kapitalmarktunion flankiert werden, um die Abhängigkeiten der Unternehmen von Banken zu verringern. Auch bezüglich der finanzpolitischen Rahmenbedingungen gäbe es Verbesserungsbedarf, da die Regulierungen den einen zu locker und den anderen zu rigide seien. Zudem müsse stärker über die internationale Rolle des Euro nachgedacht werden. Abgesehen davon seien die großen Herausforderungen, denen sich die EZB stellen müsse, der demografische Wandel, Produktivitätsrückgänge, Verhaltensänderungen auf den Finanzmärkten und die Globalisierung.

Eine neue Reformagenda für Deutschland und Europa

8. Kadener Gespräch mit dem Kronberger Kreis und renommierten Politikern



Foto: Kay Herschelmann.

Günther H. Oettinger, EU-Kommissar und Ministerpräsident a.D.

Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, diskutierte beim 8. Kadener Gespräch am 26. Februar 2020 unter der Moderation von Josef Joffe mit Günther H. Oettinger (EU-Kommissar und Ministerpräsident a.D.), Dr. Klaus von Dohnanyi (Bundesminister und Erster Bürgermeister Hamburgs a.D.) und Boris Palmer (Oberbürgermeister der Stadt Tübingen) über zentrale wirtschaftspolitische Herausforderungen unserer Zeit.

Oettinger machte in seinem Eröffnungsvortrag deutlich, dass die Welt derzeit völlig neu vermessen werde und sich die europäischen Staaten nur in einem gemeinsamen Verbund gegen die Interessen Chinas und der USA behaupten könnten. Anstelle von 27 fragmentierten Volkswirtschaften brauche es eine starke EU unter verantwortlicher deutscher Mitwirkung. Der Sprecher des Kronberger Kreises, Professor Lars P. Feld, betonte in seinem Vortrag, dass es nicht um eine EU gehen sollte, die schützt und sich abschottet, sondern um ein wettbewerbsfähiges Europa, das sich durch Innovation und Technologieführerschaft global behauptet. Professor Volker Wieland stellte heraus,



Foto: Kay Herschelmann.

Dr. Klaus von Dohnanyi, Bundesminister und Erster Bürgermeister Hamburgs a.D.

dass die langanhaltende expansive Geldpolitik der EZB kritisch zu beurteilen sei und die EZB auf mehr Transparenz in ihrer Entscheidungsfindung setzen sollte.

Im Hinblick auf den internationalen Standort- und Systemwettbewerb konstatierte von Dohnanyi, dass die unterschiedlichen Gegebenheiten in Europa eine differenzierte Standortpolitik und weniger eine zentrale Planung durch die EU erforderten. Das Prinzip der Subsidiarität müsse stärkere Beachtung finden. Professor Clemens Fuest machte deutlich, dass Deutschland auf den internationalen Steuerwettbewerb reagieren sollte, und skizzierte ein Reformpaket für die Unternehmensbesteuerung. Professorin Heike Schweitzer diskutierte in ihrem Vortrag, ob das Wettbewerbsrecht für das globale und digitale Zeitalter adäquat aufgestellt sei, und betonte, dass das politische Ziel, ein echtes „level playing field“ international erreichen zu wollen, nicht realistisch sei.



Foto: Kay Herschelmann.

Boris Palmer, Oberbürgermeister der Stadt Tübingen

Im Rahmen des Themas „nachhaltige Entwicklung“ legte Palmer anhand seiner Erfahrung als Oberbürgermeister Tübingens dar, warum er davon überzeugt sei, dass sich Wirtschaftswachstum und Wohlstand mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit erfolgreich vereinbaren lassen. Professor Justus Haucap zeigte anhand der Beispiele Klimaschutz, Landwirtschaft und Digitalisierung, dass nachhaltige und effiziente Politik weniger detailverliebt agieren sollte, während Professor Berthold Wigger darlegte, dass Deutschland von einer nachhaltigen Bildungs- und Rentenpolitik weit entfernt sei.



Den Bericht zur Tagung finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de